

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortliche
Redaktion: Riesner
Herausgeber: Dr. H.
Verlag: Dr. H.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Strehlen, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen bei Strehlen bestimmt.

Verlagsanstalt
Dresden 1504
Grotzsch
Riesa Nr. 22

Nr. 160.

Freitag, 12. Juli 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für den Rest des Jahres sind die Preise nach dem Abonnement zu berechnen. Die Abnehmer sind verpflichtet, die Zeitungen rechtzeitig zu bezahlen. Die Redaktion ist für die Rückgabe der Zeitungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rückgabe der Zeitungen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rückgabe der Zeitungen nicht verantwortlich.

Die Zuspitzung in Polen.

Man kann nicht sagen, daß Marschall Piłsudski auf eine sozialistische Revolution und Diktatur hinarbeitet. Dazu ist er wohl inzwischen doch zu alt geworden. Denn er steht in der Mitte der sechziger Jahre und hat wohl auch seine früheren demokratischen Ideen noch nicht ganz überwunden. Daher wird er besser als mancher seiner Freunde und Anhänger zu beurteilen wissen, wie ein sozialistischer Putsch in Warschau auf den amerikanischen Geldgeber wirken würde. Aber schlimm ist, daß der Marschall auch nicht mehr die Energie hat, seine Freunde in Acht zu halten. Und daher kommt die eigentliche Gefahr für Polen, die nicht leicht übersehen werden kann. Die Lage verschärft sich von Tag zu Tag, ob Piłsudski will oder nicht. Zwischen ihm und dem Parlament besteht eine schon nicht mehr überbrückbare Kluft. Er ist von leidenschaftlichem Haß gegen den Parlamentarismus erfüllt. Das Parlament aber setzt sich aus einem Dutzend Parteien zusammen, von denen keine so recht weiß, wie die weitere Entwicklung in Polen verlaufen soll. Vor allem steht man keinen Führer, der den Willen des Parlamentes dem Marschall gegenüber mit Entschiedenheit und mit Aussicht auf Erfolg vertreten könnte. Der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof bedeutet im Grunde eine Katastrophe. Er hat den Beweis erbracht, daß es keine klare Autorität mehr in Polen gibt. Piłsudski war nicht Diktator genug, um diesen Prozeß unumgänglich zu machen. Der Staatsgerichtshof aber war nicht Autorität genug, um die offensichtlichsten Verfassungsverstöße des Marschalls und seiner Kreaturen zu verurteilen. Der Prozeß hat nur den wechselseitigen Haß verstärkt, hat den Kriegszustand zwischen den Parteien verschärft, und im übrigen die große Lebensfrage Polens unentschieden gelassen.

Am schlimmsten ist, daß der Marschall und seine Freunde jetzt gar nicht mehr zurück konnten, wenn sie es wollten. Jede Umkehr auf ihrem Wege wäre eine Kapitulation vor dem Parlamentarismus und damit für sie der politische Selbstmord. Bisher hat Piłsudski persönlich noch stark genug gewirkt, um auch eine Kompromißlösung mit dem Parlamentarismus ohne Zusammenbruch seines Ansehens fertig zu bringen. Er wird im Volk immer noch wie eine Art Messias betrachtet, der Polen aus jahrhundertlanger Knechtschaft und Verfallung befreit. Aber Piłsudski will nicht. Er hat sich in seine Feindschaft gegen das Parlament zu sehr verliebt. So steht er unentschieden am Kreuzweg: Den Weg der Diktatur mag er vorerst noch nicht zu gehen; den Weg des Parlamentarismus verabscheut er. Aber irgendein Weg muß doch schließlich gegangen werden! Wenn sich der Marschall nicht entschließen kann, so werden ihn seine Freunde vorwärts schieben. So wird er eines Tages, wenn auch nicht ohne einiges Bangen, auf dem Wege zur Diktatur, der zugleich den Weg des Bürgerkrieges bedeutet, sein. Das ist dann für Polen bedeutet, ist schwer vorauszusagen. Wenn Bürgerkrieg schon für einen alten gefestigten Staat den Ausbruch einer lebensgefährlichen Krankheit bedeutet, dann natürlich erst recht für einen jungen und noch so wenig konsolidierten Staat wie Polen. Als es 1773 zum ersten Male zwischen den drei großen Nachbarstaaten geteilt wurde, hatte es das seiner innenpolitischen Zerrissenheit zu danken. 1795 verfiel es dann zunächst völlig in der Landkarte, und auch der Wiederherstellungsversuch Napoleons durch Gründung des Herzogtums Warschau war nicht von langer Dauer. Königreich-Polen, an den Grenzen ausgeliefert, machte anfangs der sechziger Jahre den fähigen Beherrschungsvorhaben der mit seiner völligen Unterwerfung unter die rücksichtslose Russifizierungsmethode endete. Das ist keine Geschichte, in der ein Volk politisch mündig werden und die rechte belohnende Handhabung des Parlamentes lernen könnte. Auch während des Weltkrieges fand es keine klare politische Linie, sondern machte seine Einstellung einfach von der Konjunktur abhängig. Piłsudski kämpfte zunächst auf der deutschen Seite, um sich dann als Staatspräsident nach Beendigung des Krieges völlig in französische Hörigkeit zu begeben. Statt der schwierigen Aufgabe der inneren Konsolidierung zu wägen, griff denn Polen gleich in imperialistischen Bestrebungen nach allen Seiten über seine Grenze hinaus. 1919 drückte es mit Deutschland und besetzte Polen, zugleich geht es bis nach Wien vor, nachdem es die Russen vor den Toren Warschaws zurückgeworfen, besetzt es Wilna, versucht die Abkündigung mit Oberschlesien mit voller Gewalt zu seinem Gunsten zu beschleunigen und legt auf diese Weise wirklich alles darauf an, Anstreben und unruhige Grenzen nach allen Seiten hin zu haben. Sehr vertrauenswürdig für die Zukunft ist dieser Vorkurs der Dinge nicht.

Ist Polen für die Demokratie entschieden noch nicht reif, so ist aber auch eine Entzweiung nach italienischem Muster ausgeschlossen. Über 90 Prozent der Bevölkerung Polens sind nicht polnischer Nationalität. Das Parteiprogramm ist viel komplizierter als in Italien. Auch eine gescheiterte sozialistische Partei ist nicht auf die Karte zu setzen. Die Leute, die hinter Piłsudski stehen, vor allem seine Offiziere, sind sich einig im Haß gegen das Parlament, aber durchaus uneinig, wenn es die Frage einer anderen Regierungsform geht, oder sogar die Frage der Rückgabe Polens gilt. Im Grunde genommen, erachtet jeder die Sache nur für sich selbst. Piłsudski's Anstreben ist die Verwirklichung der Visionen der Diktatoren für Polen heranzubereiten; polnische Generale würden sich wie einst die magyarischen um das Erbe des großen Feldherrn streiten, wobei allerdings Piłsudski nicht etwa ein politischer Bedenklicher irgendwie mit dem großen Wahnenkämpfer verglichen werden soll. Niebierhoff arbeitet Polen, und insbesondere Piłsudski, an der Befestigung und Vergrößerung nach außen hin. Im Gegensatz dazu stehen die Kommunisten und Sozialisten.

Poincaré vor der Kammer.

Paris, 11. Juli. (Telunion.) Die Kammerführung, in der Poincaré nochmals alle die Ausführungen, die er vor dem auswärtigen Ausschuss und dem Finanzausschuss im Laufe der letzten Zeit gemacht hatte, wiederholen und vertiefen will, begann um 8 Uhr nachmittags. Trotz tropischer Hitze in der Stadt ist es kühl im Palais Bourbon, in dem die Abgeordneten sehr zahlreich versammelt sind. Fast sämtliche Minister sind anwesend.

Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte der Präsident dem Ministerpräsidenten das Wort. Der erwartete hatte, daß Poincaré mit langatmigen Schilderungen der Ereignisse beginnen werde, die zu der kritischen Lage führten, in der sich Land und Regierung wegen der Ratifizierung der Schuldenabkommen befinden, sich sich angenehm entschlüsselt.

Nach wenigen einleitenden Worten ging Poincaré beizeiten auf die einzelnen Fragen ein. Das Haus folgt ihm kühl und kritisch und lacht mit Weisheit. Lauter Widerspruch erhebt sich mehrfach auf den Banken der Linken, doch kommt es nicht zu längeren Unterbrechungen.

Poincaré wies zunächst auf den engen Zusammenhang zwischen den internationalen Schulden einseitig und dem Haushaltsplan andererseits hin. Er warnte vor der Ratifizierung, die niemand verstehen und die die ehemaligen Verbündeten Frankreichs aus schärfster Verachtung ablehnen würde. Falls die Kammer kein Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung habe, daß diese die kommenden Verhandlungen auf führen werde, sollte sie der Regierung ihr Vertrauen entziehen. Seine Aufgabe sei klar. Obgleich es ihm schwer falle, müsse er so verbundene Bevölkerungsgruppen, wie den ehemaligen Franzosen gegenüber, die die Fragen nicht klar erkennen, die Stimme der Vernunft wahren lassen. Die Schulden an Amerika seien anerkannt und seien im voraus ratifiziert. Heute gelte es nur noch, die Abmachungen zu ratifizieren. Man könne es bedauern, daß eine Vorbehaltsklausel fehle, doch könne man dies nicht mehr ändern, da alle Verträge in dieser Richtung geschlossen seien. Frankreich befinde sich dabei in der gleichen Lage wie die übrigen Verbündeten. Dabei habe die Regierung durchaus nicht die Absicht, die Vorbehalte völlig preiszugeben. Wenn sie es aber in das Gehege selbst aufgenommen hätte, dann würde die Ratifizierung von Amerika abgelehnt werden.

Wenn der Haushaltsplan in Kraft tritt, würden die Zahlungen Deutschlands durch Vermittlung der internationalen Bank direkt an Amerika erfolgen.

Unvorsichtigerweise erregte Bemerkungen über den ganzen Haufen, als Poincaré die Kammer fragte, ob sie sich die Folgen einer eventuellen Ablehnung überlegt hätte. Werde Deutschland, so erklärte Poincaré, nicht sofort eine Forderung erwidern: Ihr habt von uns Deutschen eine Verpflichtung über 62 Jahre im Haushaltsplan verlangt und mit der französischen Verpflichtung begründet, an die Vereinten Staaten gleichfalls 62 Jahre zahlen zu müssen? Wenn ihr das Abkommen mit Amerika nicht ratifiziert, dann liegt ihr und Deutsche keinerlei Veranlassung vor, um allein euch gegenüber für 62 Jahre zu binden. Das würde für Deutschland eine völlig neue Lage ergeben und der Haushaltsplan wäre gefährdet.

Für den weiteren Verlauf seiner Rede gab Poincaré dann folgende Dispositionen: Er werde zuerst über die Schulden an Amerika, dann über die Schulden an England und schließlich über die Wiederannahme und den Haushaltsplan sprechen. Poincaré begann hierauf mit dem ersten Teil seiner Ausführungen.

Poincaré führte sodann das weitere aus, daß die Vereinten Staaten und England bereits seit längerer Zeit der französischen Regierung mitgeteilt hätten, daß sie niemals einer bedingten Ratifizierung mit Vorbehalten zustimmen würden. Wenn die Kammer die jetzige Regierung stützen sollte, so würde nichts gewonnen sein. Man dürfe niemals die Erfüllung internationaler Verträge von innenpolitischen Verhältnissen abhängig machen. Die Auffassung, daß das Schuldenabkommen ratifiziert werden müsse, vertrete die französische Regierung keineswegs mit Begeisterung, sondern nur aus Pflichtgefühl. Wenn es ihr nicht gelänge, mit ihrem Standpunkt bei der Mehrheit der Kammer durchzudringen, so würden sich hieraus die ernstesten Folgen für Frankreich ergeben.

Poincaré erinnerte dann daran, daß sich die finanziellen Beziehungen zu Amerika im Juni 1918 so schwierig gehalten hätten, daß es einer persönlichen Bitte Clemenceaus bedürftig habe, um eine weitere Anleihe in Höhe von 300 Millionen Dollar zu erhalten. Etwa für Etwa habe man dem amerikanischen Schatzamt entnehmen müssen, um den Krieg fortzusetzen.

Hierauf kommt es zu einem lebhaften Meinungswechsel zwischen Poincaré und einigen Abgeordneten der Kammer, wobei Marin es bedauert, daß der Sozialist Clavel in seiner letzten Unterhaltung mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson nicht die Frage angeschnitten hätte, ob Amerika bereit sei, alle Forderungen zu streichen. Poincaré erwidert, daß Amerika bei den Standpunkt vertreten hätte, daß es nicht einen Centimes seiner Forderung verzeihen würde.

Wir wollen nicht sagen, daß ein neuer Versuch Polens wahrscheinlich wäre; aber die Lage ist ernst genug, um auszusprechen zu dürfen, daß ein neuer Versuch auch nicht etwa unwahrscheinlich wäre, zumal alle von Polen drückten und geschickten Maßnahmen die Gelegenheit nur sehr willkommen heißen würden, wo sie sich Warschau gegenüber ihr Recht verschaffen könnten. Daß die Russen 1920 vor Warschau erscheinen konnten, hätte den polnischen Nachbarn eine Lehre sein sollen. Aber diese Lehre ist wenig beherzigt worden. Wenn der polnische Staat sich trotz allem halten würde, dann mehr durch französische Rückendeckung und durch amerikanische Finanzunterstützung, als durch eigene Kraft.

geben werde und daß es nur in der Frage der Zinsen nachzugeben bereit wäre. Im übrigen sei der Berliner Friedensvergleich, obgleich Marin und der Sozialist Kurjol gegen ihn gekämpft hätten, heute eine Tatsache, mit der man rechnen müsse.

Der Sozialist Vincent Kurjol unterbricht Poincaré und erinnert an die Umstände, unter denen die sozialistische Partei den Versailler Friedensvertrag bekämpfte, weil es die Idee der Annexion über die der internationalen Solidarität gestellt habe. Die Interessen Frankreichs wären besser gewahrt worden, wenn man nicht das linke Rheinufer für Frankreich verlangt hätte. Heute sei es leider zu spät.

Poincaré erwiderte, daß keine französische Regierung das linke Rheinufer gefordert hätte. Er wird hierin von Franklin Roosevelt unterstützt, der feststellt, daß der Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten während der Versailler Friedensverhandlungen einstimmig erklärt habe, daß Frankreich jede Idee einer Annexion ablehne.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Sitzung fuhr Poincaré in seiner Rede fort. Frankreich befinde, so erklärte er, keine praktischen Mittel, um Amerika zum Verzicht auf seine Forderung zu veranlassen. Es einzeln beide Häuser einig gewesen seien, das Schicksal hätte aus dem einen den Gläubiger, aus dem anderen den Schuldner gemacht.

Auf einen Einwurf hin erklärte Poincaré, daß man nach dem Kriege versucht hätte, beiseite zu lassen die Epoche der Kriegslasten gerecht zu verteilen, jedoch vergeblich. Der Kaufabschluß über die amerikanischen Waren in Höhe von 400 Millionen Dollar sei nicht günstig gewesen. Man hätte weder die Stabilisierung des Franken noch die Entwertung der Waren vorhergesehen. Der Verkauf der Waren hätte nur 270 Millionen Dollar eingebracht, der Verlust betrage somit 130 Millionen Dollar. Jedoch befinde die Amerikaner die französischen Schuldverpflichtungen, die unweigerlich am 1. August befristet werden müßten, falls nicht ratifiziert würde. Heute bleibe Frankreich nur noch die Wahl zwischen Ratifizierung der Schuldenabkommen oder der Bezahlung der 400 Millionen Dollar. Die Frage laute daher, welche von beiden Lösungen die praktikablere sei. Deshalb müsse ratifiziert werden.

Er berührte sodann die gescheiterten Versuche Parmeniers, die Zahlungen an Amerika den deutschen Zahlungen unterzuordnen. Auch Cassanow wäre nicht glücklicher gewesen. Schließlich hätte sich Amerika bereitgefunden, die französischen Zahlungen über 62 Jahre zu vertellen und, falls Frankreich ein derartiges Abkommen ratifiziere, auf die Bezahlung der 400 Millionen Dollar am 1. August zu verzichten. Nur Jugoslawien und Italien hätten eine günstigere Abmachung erhalten.

Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Poincaré, daß er es sehr wohl verstehen könne, wenn sich die öffentliche Meinung über das Fehlen jeder Vorbehaltsklausel erregt, doch wären bereits alle Versuche verunglückt in dieser Hinsicht vergeblich gewesen. Er hätte schließlich den Vertrag am 29. April 1928 ohne die Klausel abgeschlossen.

Hierauf wurde beschlossen, die Debatte am Freitag vormittag und nachmittag fortzusetzen, um sie darauf am Dienstag früh zu vertagen. Die Sitzung wird darauf um 7 Uhr abends geschlossen.

In den Bandelungen der Kammer ist die Auffassung vertreten, daß die Realisierung Poincaré's Forderung und dem Kampf um die Ratifizierung der Schuldenabkommen hervorgehen werde. Die starke Unterstützung, die die Realisierung durch den Senat erhält, ist bekannt. Auch die Ernennung des Abgeordneten Berard zum Berichterstatter des auswärtigen Kammerauschusses, der als Anhänger der Regierungsauffassung gilt, kann in diesem Sinne ausgelegt werden.

Ein neuer englischer Schritt bei Frankreich in der Frage des Konferenzortes.

London. Wie Reuters erfährt, hat die Regierung beschlossen, einen neuen Vorschlag an Frankreich zu richten, seinen Widerstand gegen die Wahl Londons als Tagungsort der nächsten internationalen Konferenz aufzugeben, zumal keine andere Regierung dagegen sei. Die Konferenz werde wahrscheinlich am 6. August zusammenzutreten und, wie man annehme, einen Monat dauern. Man hoffe, daß einige Tage nach dem Zusammentritt der Konferenz die Mitteilung werde erfolgen können, daß die drei Alliierten möglichst schnell an die Räumung des Rheinlandes gehen werden.

In politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die britische Regierung in keiner Weise zu der starken Politik des Belassens britischer Truppen im Rheinlande, solange die militärischen Kontingente der anderen Mächte sich dort befinden, verpflichtet ist.

Man möchte nicht sagen, daß ein neuer Versuch Polens wahrscheinlich wäre; aber die Lage ist ernst genug, um auszusprechen zu dürfen, daß ein neuer Versuch auch nicht etwa unwahrscheinlich wäre, zumal alle von Polen drückten und geschickten Maßnahmen die Gelegenheit nur sehr willkommen heißen würden, wo sie sich Warschau gegenüber ihr Recht verschaffen könnten. Daß die Russen 1920 vor Warschau erscheinen konnten, hätte den polnischen Nachbarn eine Lehre sein sollen. Aber diese Lehre ist wenig beherzigt worden. Wenn der polnische Staat sich trotz allem halten würde, dann mehr durch französische Rückendeckung und durch amerikanische Finanzunterstützung, als durch eigene Kraft.